

Oktober 2006

Ausgabe 4
16. Legislatur



Liebe Freundinnen und Freunde,

die große Koalition macht weiter wie gehabt: Murks und Unstimmigkeiten kennzeichnen die schwarz-rote Politik.

Eine Reform nach der anderen wird aufgeschoben oder ganz aufgehoben. Auch bei einem der wichtigsten Themen, der Gesundheitspolitik, kommt die Koalition nicht in die Gänge. Im Gegenteil: In die Vielstimmigkeit der Bundesregierung stimmen nun auch noch die CDU-Landesfürsten mit ein.

Umso notwendiger ist es, dass wir, Bündnis 90/Die Grünen, klare, konstruktive Alternativen entgegen setzen. Anbei deshalb wie immer ein Einblick in die grüne Parlamentsarbeit und grüne Beiträge zu den aktuellen Themen im Bundestag und in den Ausschüssen.

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



Bundestagsfraktion

Fritz Kuhn	S. 2
Kerstin Andreae	S. 4
Biggi Bender	S. 6
Alex Bonde	S. 8
Uschi Eid	S. 10
Winne Hermann	S. 12
Sylvia Kotting-Uhl	S. 14
Gerhard Schick	S. 16
Impressum	S. 18

Fritz Kuhn

Interview für Südwest-Grün mit Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Der Bundestag hat im September diesen Jahres mit den Stimmen der Grünen den Einsatz deutscher Streitkräfte im Libanon beschlossen.

Die Grünen sind nicht mehr in der Regierung. Warum trotzdem die Zustimmung zu einem Militäreinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten?

Wir haben uns die Entscheidung zu Militäreinsätzen nie leicht gemacht. Das hat nichts mit Regierungsbeteiligung oder Opposition zu tun. Der entscheidende Punkt ist, dass die VN-Resolution, die zur Erweiterung des bereits bestehenden UNIFIL-Mandates geführt hat, einen tatsächlich existierenden schrecklichen Krieg in einen Waffenstillstand überführt hat. Das ist wichtig. Mit der deutschen Beteiligung sowie dem gesamten UNIFIL-Mandat soll ein höchst fragiler Waffenstillstand schritt für Schritt in einen stabilen Waffenstillstand überführt werden. Das ist ein mühsamer Prozess, aber nur so kann in der gesamten Region ein wirklich tragfähiger Friedensprozess beginnen.

Aber warum muss sich ausgerechnet Deutschland, das aufgrund seiner Geschichte eine besondere Beziehung zu Israel hat, an diesem Mandat beteiligen?

Eben weil Deutschland eine besondere Verantwortung für Israel und ein elementares Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten hat, beteiligen wir uns an dem Mandat. Wir können nicht immer nur reden und das Existenzrecht Israels betonen, dann aber unsere Hilfe verweigern wenn sie gebraucht wird. Die FDP und die Linkspartei kneifen genau an der Stelle.

Konstruktive Opposition heißt für uns nicht immer nur nein zu sagen, wenn

etwas auf dem Tisch liegt, sondern konsequent zu prüfen, was aufgrund der Sachlage notwendig ist. Wir haben uns es nicht leicht gemacht, haben wochenlang diskutiert.

Hat Israel keine Probleme mit der Präsenz deutscher Truppen in der Region?

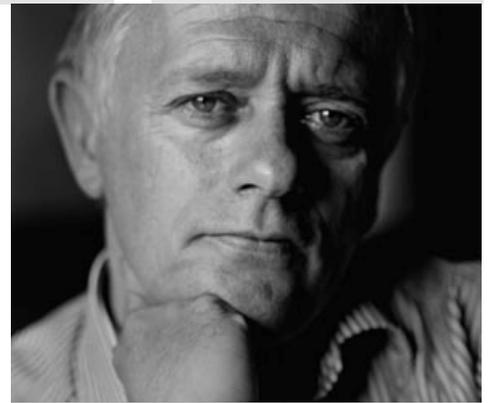
Ganz im Gegenteil. Wir haben unsere Zustimmung unter anderem davon abhängig gemacht, dass neben der libanesischen auch die israelische Regierung um deutsche militärische Hilfe gebeten hat. Auch die Syrer finden den Einsatz richtig. Damit wird die deutsche Vermittlerrolle in dem gesamten Nahost-Konflikt gestärkt.

Und was passiert wenn deutsche Soldaten auf israelische Soldaten schießen müssen oder sollen?

Wir haben uns in der Fraktion – das hat auch zu unserer Entscheidung geführt - sehr präzise die Frage gestellt, ob deutsche Soldaten tatsächlich in diese Situation kommen können. Sowohl die Rules of Engagement, die Einsatzregeln, als auch die Situation, dass wir nur auf auf See und nicht zu Lande agieren, schließen aus, dass so etwas passieren kann.

Die Opposition aus FDP und Linkspartei behauptet in Nahost würde ein überzeugendes politisches Konzept fehlen?

Ich betone noch einmal: beide Seiten haben darum gebeten, dass dieser Einsatz stattfindet,



Fraktionsvorsitzender

und das beide Seiten darin eine Chance auf Frieden sehen. Westerwelle ist ein Taktiker für den innenpolitische Fragen im Vordergrund stehen.

Aber ohne politische Begleitmusik macht doch ein Militäreinsatz keinen Sinn

Natürlich nicht. Wir haben als grüne Fraktion zusätzlich einen Antrag vorgelegt, der klar sagt was wir erwarten. Wir erwarten von dem Nahost-Quartett und von der internationalen Völkergemeinschaft ein rasches Eintreten für eine politische Lösung, zum Beispiel durch Einberufung einer Sicherheitskonferenz. Hier muss sowohl das Verhältnis zwischen Israel, Syrien und dem Libanon, zum Beispiel bezüglich der Scheeba-Farmen, als auch die Frage der Zweistaatlichkeit zwischen Israel und Palästina erörtert werden.

Ist das nicht eher eine Aufgabe für die Vereinigten Staaten als für die deutsche Bundesregierung?

Auch Angel Merkel steht hier ganz speziell in der Verantwortung. Ein Hindernis für Friedenslösungen in den letzten Jahren war, dass die US-amerikanische Regierung, insbesondere Präsident Bush, eigentlich jedes Problem in der Region auf die Fragestellung herunter gebrochen hat, dass es sich um einen Kampf gegen den al-Qaida-Terrorismus handelt. Wenn man die Probleme zwischen Israel und Palästina und die Rolle der Hisbollah im Libanon aber ausschließlich unter dieser Fragestellung sieht, dann ist man nicht mehr in der Lage, ein politisches Konzept für die Gesamtregion im Sinne der Roadmap und deren Fortentwicklung auf den Weg zu bringen. Angela Merkel muss alles ihr Mögliche tun, das auch die Amerikaner an dieser entscheidenden Stelle in den politischen Friedensprozess eintreten.

Was könnte dieser Friedensprozess aussehen?

Alle Beteiligten wissen, dass die Konflikte des Nahen Ostens nicht mit Mitteln des Krieges und militärischer Gewalt zu lösen sind. Gut ist, dass die VN-Resolution 1701 vom 11. August die Grundlage dafür gelegt hat, dass die Kriegshandlungen beendet, humanitäre Hilfe geleistet und der Wiederaufbau angegangen werden konnten. Die Stärkung der Souveränität Libanons, der libanesischen Regierung, Wiederaufbau und weit reichende humanitäre Hilfe sind Ziele, die wir mit dem deutschen Beitrag unterstützen wollen. Aber wir müssen Stabilität und eine tragfähige Zweistaaten-Lösung zwischen Israel und Palästina sowie eine friedliche Koexistenz Israels mit den arabischen Nachbarstaaten erreichen. Die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern müssen wieder aufgenommen werden. Das Existenzrecht Israels darf nie in Frage gestellt werden, aber auch die Palästinenser haben einen berechtigten Anspruch auf einen eigenen lebensfähigen Staat und die Einhaltung der Menschenrechte. Lebensfähiger Staat bedeutet auch, dass Zugänge über Land, Wasser und Luft ermöglicht werden. Das liegt im elementaren Interesse sowohl der Region als auch Europas.

Kerstin Andreae

Grüne Eckpunkte für eine gerechte und nachhaltige Steuerpolitik

Baustellen hat sie viele, die große Koalition. Neben der Gesundheitsreform stellt vor allem die zukünftige Unternehmensbesteuerung die Koalition vor fast unüberwindbare Hürden. Die Vorschläge, die für diese Steuerreform täglich aus dem Kreis der Koalition veröffentlicht werden, bergen finanzielle Risiken in Milliardenhöhe und machen das Steuerrecht komplizierter und undurchschaubarer. Während den Bürgern höhere Mehrwertsteuern und schmerzhaft Kürzungen z.B. bei der Pendlerpauschale und beim Sparerfreibetrag zugemutet werden, sollen die Unternehmen künftig mindestens 5 Mrd. Euro Steuern sparen. Das ist sozial ungerecht und bremst die Inlandsnachfrage. Kurz: Die Steuerpolitik der großen Koalition ist widersprüchlich und ohne Konzept.

Die Grüne Bundestagsfraktion stellt diesem Chaos das Konzept einer breiten und einfachen Bemessungsgrundlage der Steuern mit international wettbewerbsfähigen Steuersätzen gegenüber. Wir wollen das Steuersystem konsequent vereinfachen, transparenter und fairer gestalten. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen entlastet werden. Wir schlagen eine sozial ausgewogene Steuerreform vor, die alle Bürger und Unternehmen gleichmäßig und gerecht an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt. Bei unseren Überlegungen spielt die Einkommensneutralität eine entscheidende Rolle. Das bedeutet, dass durch eine Unternehmensteuerreform keine nachhaltigen Steuerausfälle entstehen dürfen. Oberste Priorität hat die Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit schaffen wir die

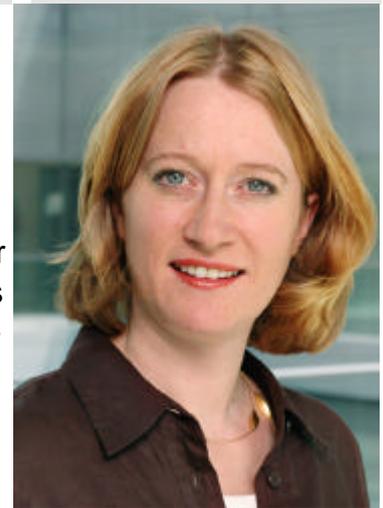
Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum des Steueraufkommens

Wie sieht das konkret aus?

Für die Unternehmensteuer gilt für uns, dass bei einer entsprechend ausgestalteten Bemessungsgrundlage – also der Basis, auf die Steuern erhoben werden – die Sätze bei der Körperschaftsteuer plus Gewerbesteuer von heute 39 auf 30 Prozent sinken. Heute ermöglichen Steuergestaltungen es vor allem den international agierenden Unternehmen sich durch Verlagerungstricks ins Ausland dem deutschen Fiskus zu entziehen. Das ist ungerecht und bedeutet hohe Steuerausfälle, die es zu unterbinden gilt.

Politik für den Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen können entlastet werden, indem die Gewerbesteuer pauschal voll auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet werden darf. Verbunden mit entsprechenden Freibeträgen werden vor allem die personalintensiven kleineren Unternehmen nicht zusätzlich belastet. Mit einem weiteren grünen Vorschlag wollen wir den Mittelstand stärken. Für kleine und mittlere Unternehmen schlagen wir eine steuerfreie Gewinnrücklage vor, die an der Sicherung von Beschäftigung und der Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert ist. Bei Beschäftigungsabbau muss die Rücklage sukzessive aufgelöst werden.



Mitglied im
Finanzausschuss

Personengesellschaften sollen die Möglichkeit bekommen, sich wie Kapitalgesellschaften besteuern zu lassen. Diese Rechtsformneutralität schafft mehr Fairness im Steuersystem.

Für ein faires und modernes Steuerrecht

Wir wollen die Einkommensteuer weiter modernisieren. Die bisher sieben Einkunftsarten werden weitgehend zusammengefasst und für Werbungskosten eine einheitliche Pauschale von 2.000 Euro pro Jahr eingeführt. Die steuerlichen Privilegien des Ehegattensplittings für höhere Einkünfte werden vermindert und das Steuermehraufkommen von bis zu 5 Mrd. Euro in den Ausbau und die Qualitätssicherung der Kinderbetreuung investiert. Erträge aus Vermietung und Verpachtung wollen wir konsequenter besteuern. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss einfacher und gerechter werden. Dazu sollen alle Vermögensarten näher am aktuellen Marktniveau bewertet werden.

Wirtschaftlich, politisch oder sozial gerechtfertigte Begünstigungen sollen durch Freibeträge offen und transparent ausgewiesen werden. Die persönlichen Freibeträge bei Erbschaft und Schenkung sollen auch für eingetragene Lebenspartnerschaften gelten.

Nachhaltige Steuerpolitik

Wir treten für ein ökologisch orientiertes Steuerrecht ein. Die Ökosteuer ist ein großer Erfolg grüner Politik. Ohne Ökosteuer wären die Lohnnebenkosten um über eineinhalb Prozent höher. Ebenso wurden die Treibhausgasemissionen gemindert. Dieser Weg muss weiter beschritten werden.

Ökologisch schädliche Subventionen wollen wir abschaffen.

Die Mineralölsteuerbefreiung von Kerosin und die Umsatzsteuerfreiheit bei grenzüberschreitenden Flügen sind aufzuheben, ebenso müssen Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen degressiv und konsequent abgebaut werden. Emissionszertifikate dürfen nicht mehr vom Staat kostenlos an die Unternehmen abgegeben, sondern sollen versteigert werden. Außerdem wollen wir die Rückstellungen der Atomwirtschaft entsprechend der vereinbarten Laufzeit im Ausstiegsgesetz weiter einschränken.

Eine Unternehmensteuerreform darf nicht länger aufgeschoben werden. Die ergriffenen Maßnahmen müssen aber konsistent sein. Wir Grünen stehen zum Grundsatz: Die Senkung der Steuersätze muss immer mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einhergehen. Union und SPD werden den großen Wurf nicht schaffen. Sie arbeiten nicht mit-, sondern nur noch gegeneinander.

Kerstin Andreae

Biggi Bender

Gesundheitsreform kommt sie? Und wenn ja, wann - im Jahr 2006, 2007, 2008 oder doch erst 2009?

In der Südwestgrün Ausgabe Mai 2006 lautete meine Befürchtung zur kommenden Gesundheitsreform:

„Die Große Koalition nimmt ein bisschen Kopfgeld, ein bisschen Steuererhöhung, rührt die Organisation und Verwaltung neu um. Sie schafft damit maximale Bürokratie, maximale Intransparenz und mehr statt weniger Unge- rechtigkeit. Und jede Seite verweist auf den Erfolg, dass ihr Baustein in dieser schiefen Baracke sichtbar ist.“

Das war zu positiv gedacht. Niemand verweist auf Erfolge. Jede Seite pocht einmal auf die Einhaltung der Eckpunkte, im nächsten Mo- ment auf das Gegenteil. Ich habe den Ver- dacht, dass insbesondere die Unions- Ministerpräsidenten erst heute realisieren, was sie mitverabschiedet haben.

Geht zurück auf Los und zieht kein Geld ein!

Die Koalition hat Eckpunkte vorgelegt, die nie- manden überzeugen, am wenigsten die Koali- tion selbst. Sie hat Arbeitsentwürfe vorgelegt, über die die Koalition so sehr streitet, dass sie sich selbst zerlegt. Die Koalition hat zwar nachgearbeitet und nachgebessert, aber

tatsächlich nur verschlimmbessert. Der ganze Theaterdonner soll eine gemeinsame Politik- fähigkeit simulieren, die ganz offensichtlich nicht vorhanden ist. Hätte sich Rot-Grün je so etwas leisten können?

Die Beschlussfassung der Gesundheitsreform ist ins Frühjahr 2007 verlegt. Die große Koalition hätte nun Zeit, ein neues Konzept vorzulegen statt weiterzuwurschteln. Doch das will sie nicht. Der Gesundheitsfonds ist weiterhin auf der Tagesordnung. Er ist jedoch mehr als überflüssig: Die Finanze- rungsbasis wird nicht gestärkt, sondern ge- schwächt, der Wettbewerb nicht angefacht, sondern beseitigt, dass Geld nicht in bessere Behandlung und Verhinderung von Krankhei- ten gesteckt, sondern in mehr Bürokratie, die Solidarität wird nicht gestärkt, sondern ge- schwächt.

Wir hören, man sei auf etwas Neues gekom- men: Der Beitragseinzug verbleibt für alle So- zialversicherungen wie bislang bei den Kran- kenkassen. Anschließend müssen aber die Krankenkassen ihre Beiträge an einen Ge- sundheitsfonds – daran wird ja festgehalten – abführen. Aus dem Fonds sollen die Kranken- kassen einen Einheitsbeitrag mit Zu- oder Abschlägen erhalten. Schon damit dürfte man gut beschäftigt sein. Dann müssen die Kran- kenkassen gegebenenfalls einen Zusatzbei- trag erheben. Dafür brauchen sie individuelle Versichertenkonten und entsprechende Mitar- beiterInnen. Dazu kann ich nur ironisch sa- gen: Die Koalition tut zweifellos etwas für zu- sätzliche Arbeitsplätze; denn diese werden sicherlich entstehen müssen.

Anders gesagt: Die Versicherten zahlen dann nicht nur Zusatzbeiträge, sondern bezahlen auch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand



Mitglied im Aus-
schuss für Ge-
sundheit und So-
ziales

der Krankenkassen. Das wird sie doppelt teuer zu stehen kommen. Es ist kein Wunder, dass die Koalition ausgerechnet über die Überforderungsklausel des Zusatzbeitrags so herzhafte streitet; denn am meisten überfordert ist diese Koalition ganz offensichtlich selber. Wenn sie noch ein Minimum an Lernfähigkeit hat, dann sollten sie noch einmal von vorne anfangen. Zurück auf Los!

Den Schutz vor Passivrauch verbessern

Seit Mitte des Jahres eins der Topthemen in den Medien, aber auch in den Briefen und Mails die ich erhalte. Die grüne Bundestagsfraktion hat sich als einzige Fraktion des Deutschen Bundestages in dieser Frage klar positioniert. Wir Grünen treten konsequent dafür ein den Schutz vor Passivrauch deutlich zu verbessern. Einstimmig hat die Fraktion am 27.6.06 ein Eckpunktepapier und einen Antrag verabschiedet. Er beinhaltet für die Bereiche, wo eindeutig gesetzgeberische Kompetenzen auf der Bundesebene existieren, konkrete Vorschläge und fordert die Länder und Kommunen in ihren Zuständigkeitsbereichen auf, ebenfalls zu handeln (Details siehe www.gruene-bundestag.de).

Wir haben Mitte September ein gut besuchtes Fachgespräch durchgeführt. Dort wurde erneut deutlich, dass wir in Bezug auf den Schutz vor Passivrauch in der EU sehr weit zurückgefallen sind, dass Rauchverbote in Gaststätten keine Umsatzeinbußen bedeuten und auf der Bundesebene Gesetzgebungskompetenzen bestehen, die genutzt werden sollten.

Inzwischen ist sowohl ein von einzelnen SPD-Abgeordneten initiiertes Gruppenantrag „Effektiver Schutz vor Passivrauchen zügig gesetzlich verankern“ als auch der grüne Antrag „Wirksamen Schutz vor Passivrauchen im öffentlichen Raum umsetzen“ in den Bundestag eingebracht.

Wir haben Bedenken bezüglich der ungenauen Formulierung der Forderungen des Gruppenantrages. Die im Juli 2006 gemachte Zusage der InitiatorInnen, eine Umformulierung vorzunehmen um zu einem gemeinsamen Vorgehen aller am Schutz vor Passivrauchen interessierten zu kommen, erfolgte leider nicht.

Doch was nützen die besten und konsequentesten Vorschläge zum Nichtraucherschutz, wenn dafür die Mehrheiten fehlen. Die FDP fällt total aus, das nennt sie „Freiheit“. Die SPD ist zerstritten, aber etwa die Hälfte der Abgeordneten ist beim konsequenten Schutz vor Passivrauchen dabei. Bei der Union finden sich einzelne Aufrechte, aber die Fraktionsspitze verzögert, blockiert und wedelt schließlich mit einem Papier der Zigarettenindustrie, auf deren parlamentarischen Abenden die RaucherInnen gerne kostenlos zugreifen.

Demnächst wird der Bundestag beraten und wohl auch abstimmen. Die Zeit bis dahin werden wir nutzen! Oder gibt es etwa Grüne, die in der Kneipe nicht nach der Rauchfreiheit sondern nach der Freiheit zu rauchen fragen?

Biggi Bender, gesundheitspolitische Sprecherin Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Alex Bonde

Und täglich grüßt der Verteidigungsminister... Braucht die Bundeswehr mehr Geld?

Im September wurde die Beteiligung der Bundeswehr an der UNIFIL -Mission im Libanon beschlossen. Für manche Politiker der großen Koalition, insbesondere der Union, war es ein willkommener Anlass, im Rande der begonnenen Haushaltsaufstellung mehr Geld für Bundeswehr zu fordern. Die Wünsche sind vielfältig und reichen von möglichen Milliarden-Investitionsprogrammen bis zum Vorschlag, Auslandseinsätze seien im Grunde Entwicklungshilfe und daher vom Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit zu bezahlen.

Kanzlerin Merkel hat sich die Sache mittlerweile zu eigen gemacht und angekündigt, mittelfristig müsse der Verteidigungsetat aufgestockt werden. Zudem laufen Gespräche zwischen Verteidigungsminister Jung und dem Finanzminister, ob Querfinanzierungen aus anderen Einzelplänen der Bundeswehr Geldsegen bringen könnten. Die Forderung nach mehr Geld für die Bundeswehr ist ein ermüdendes Ritual, dass fristgerecht zu jeder Haushaltsberatung aufgewärmt wird. Aber: die Bundeswehr hat ausreichende Mittel, sie muss sie nur sinnvoll ausgeben.

Der Bundeswehretat wurde für 2007 bereits um 480 Millionen € auf 24,36 Milliarden € erhöht.

Der Einzelplan des Verteidigungsministeriums wurde zudem seit 1998 de facto um 1,5 Milliarden € entlastet, indem aufgrund der Auslandseinsätze ursprünglich vorgesehene Kürzungen auf Druck der SPD nicht vorgenommen wurden. Kosten der Einsätze im letzten Jahr waren: „nur“ rund 650 Millionen Euro. Die Bundeswehr hat aber in der Tat ein

Problem, dieses liegt jedoch nicht am Geld, sondern an der Struktur. Deutschland unterhält 250.000 Soldaten. Davon sind 8.000 im Einsatz – mehr geht nicht. Das dies nicht geht, kann man zwar leicht erklären – die

Spezialisten innerhalb der Truppe fehlen, Sanitäter und Fernmelder etwa. Warum die Bundeswehr aber immer noch eine Struktur hat, in der ein Großteil der Soldaten eben nicht für Einsätze zur Verfügung steht oder Wehrpflichtige betreuen muss, ist unerklärbar. Die Bundeswehr soll eine Einsatzarmee sein, aber leistet sich immer noch eine Wehrpflichtigenarmee mit großer Landesverteidigungskomponente. Die Beschaffungspolitik liegt auch im Argen. Ja, es fehlt der Truppe teilweise an notwendigem Material. Aber nicht, weil es am Geld fehlen würde, sondern weil teure Rüstungsrüsten beschafft werden (den Eurofighter kann die Bundeswehr in keinem der derzeit denkbaren Einsätze brauchen), und versucht wird die Rüstungsindustrie zu stützen, indem man mehr kauft was geliefert werden kann und nicht was vordringlich auch gebraucht wird.

Damit vergrößert sich das Problem: mit der Beschaffung von schwerem Kriegsgerät für Konflikte, die immer unwahrscheinlicher werden, wird die Struktur der Bundeswehr über Jahrzehnte zementiert.

Alle die nun mehr Geld für die Sicherheit fordern begehen denselben Fehler, frei nach „Wenn man einen Hammer hat, sieht jedes Problem wie ein Nagel aus“: wenn man sprudelnde Steuereinnahmen hat, geht man nicht die Strukturprobleme an, sondern pumpt mehr



Mitglied im Haushalts- und Verteidigungsausschuss

Geld ins System. Die Bundeswehr muss mutig weiter modernisiert werden. Die Hauptaufgabe der Bundeswehr ist nicht mehr ein Kriegseinsatz – sie ist vielmehr ein Mosaiksteinchen in einer Gesamtlösung zur Konfliktprävention, die zivile Maßnahmen, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit umfasst. Und gerade letztere Aufgaben sind bisher immer noch unterfinanziert und müssen in einer Gesamtschau gestärkt werden.

Neue Wege für die Haushaltspolitik

Meldungen zur Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland beschäftigen sich seit Jahren mit Haushaltslöchern, der wachsende Schuldenlast, aber auch mit der falschen Prioritätensetzung innerhalb der Ausgabenblöcke, die nach wie vor, die konsumtiven anstelle der investiven Mittel stärken. Das Ziel einen nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalt zu erreichen ist deshalb auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Deutschland steckt in der Schuldenfalle: Die Ausgaben des Staates müssen zunehmend dafür verwendet werden, die Kosten für Altlasten zu bezahlen.

Die Politik kann auf diese Entwicklung nur mit Ausgabenbegrenzung, Steuererhöhungen oder dem Versuch, mehr Wachstum zu schaffen, reagieren. Die beiden erstgenannten Möglichkeiten sind unpopulär und werden deshalb gerne vermieden, um nicht den Zorn der Wähler auf sich zu ziehen. Die verbleibende Option, mehr Wachstum durch verstärkte Investitionen zu schaffen, blieb zumindest in den letzten Jahren mangels Einsparungen an anderer Stelle hinter den Möglichkeiten zurück.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass ein „weiter so“ in der Haushaltspolitik nicht zu dauerhaften Erfolgen führt. Das Umsteuern auf der Ausgabenseite hin zu mehr Investitionen gestaltete sich nicht nur aufgrund der falschen Gewichtung von konsumtiven und investiven Mitteln schwierig, sondern auch

durch eine starre Haushaltssystematik. Deshalb ist es höchste Zeit an dieser Stelle, Neuland zu betreten, das heißt durch Gesetzesänderungen einen Ausweg aus der bislang starren Haushaltssystematik zu finden. Bei den Reformüberlegungen stehen bisher zwei Aspekte im Mittelpunkt. Zum einen geht es um die Stärkung von haushaltspolitischen Werkzeugen, wie beispielsweise der Finanzplanung. Zum anderen geht darum, die bislang in der Haushaltsgesetzgebung mögliche Kreditaufnahme zu begrenzen. Damit verbunden sind Überlegungen, unter anderem den Art. 115 GG sowie den dort verwendeten Investitionsbegriff zu verändern.

Der bisher in Art. 115 GG verwendete Investitionsbegriff klammert vollständig zukunfts wirksame Ausgaben wie Bildungs-, Forschungs- und Familienförderungsausgaben aus. Obwohl diese Ausgaben in der Zukunft wirken, gelten sie nicht als Investitionen. Das wollen wir ändern!

Im September 2006 diskutierten Grüne Haushaltspolitiker mit Experten die Frage, auf welche Weise wirksame Änderungen in der Haushaltsgesetzgebung durchgeführt werden können und welche Folgen damit verbunden wären. Vorträge zum Modell der „Schweizer Schuldenbremse“, das ein makroökonomisches Regelwerk bietet nach dem die Verschuldung eines Staates geordneter stattfindet und zum Konzept der „Wachstums- und Nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben (WNA)“ das einen Weg darstellt, um staatliche Ausgaben neu zu bewerten.

Diese Anhörung war erst der Anfang eines sehr umfangreichen und komplexen Verfahrens. Die Grünen Haushaltspolitiker lassen sich von diesem Weg nicht abbringen und arbeiten weiter an den Möglichkeiten, um das langfristige Ziel eines nachhaltigen Haushaltes zu erreichen. Es gibt kein Zurück; denn Rückschritte gehen zu Lasten der Zukunftschancen jüngerer Generationen.

Uschi Eid

"Deutsche Welle" erstmals in der parlamentarischen Diskussion

Alle, die ins Ausland reisen, kennen sie: die Deutsche Welle. Nun war sie erstmals Gegenstand einer parlamentarischen Debatte, denn sie spielt im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik eine wichtige Rolle. Zeiten, in denen Grundsatzdebatten zur Frage nach der Sinnhaftigkeit eines deutschen Auslandssenders stattfanden, sind vorbei. Zu Recht möchte ich sagen, denn Die Deutsche Welle - für viele Hörer und Zuschauer weltweit eine wichtige und viel genutzte Informationsquelle - ist gerade in Zeiten einer sich herausbildenden Weltinformationsgesellschaft von zentraler Bedeutung.

Noch unter Rot-Grün wurde mit der Novellierung des Deutsche-Welle-Gesetzes der Sender von seinem desweilen altbackenen Image befreit, sein Programmauftrag modernisiert und erweitert, mit einem neuen Internetauftritt und der Ausweitung des TV-Programms, das Medienangebot an aktuelle Entwicklungen und Nutzungsgewohnheiten angepasst. Mit dem Ziel, Auftrag und Aufgabenerfüllung der Deutsche Welle auch öffentlich transparenter werden zu lassen, verankerte man ein "Beteiligungsverfahren", in dem Regierung, Parlament und gesellschaftliche Akteure die vom Sender vorzulegenden Aufgabenplanung bewerten und diskutieren.

Dementsprechend wurde in der letzten Sitzung des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause nun zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte diskutiert, wie die Aufgabenplanung der Deutschen Welle als einem der wichtigsten deutschen Kulturmittler und Informationsdienstleister in der Welt für die kommenden vier Jahre gestaltet sein soll.

Leider nahm von diesem Novum – außer den beteiligten Institutionen und den Debatantenrednern – kaum jemand Notiz.

Dies ist bedauerlich, denn wir leben in einem Zeitalter, in dem einerseits noch immer zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern mit unfreien Medienmärkten und eingeschränkter Pressefreiheit leben. Hier aber auch in Krisengebieten und Nachkriegsgesellschaften spielt die Deutsche Welle eine unverzichtbare Rolle als unabhängiger Informationslieferant. Andererseits ist die Welt durch eine verdichtete Medienlandschaft und durch eine immense Flut untereinander konkurrierender Bild- und Informationsangebote immer weiter zusammengewachsen. Viel wird über die Frage eines Zusammenpralls der Kulturen diskutiert. Der Karikaturenstreit, interreligiöse Verstimmungen, Auseinandersetzungen um die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte, aktuelle politische Konflikte wie im Iran – es geht vor diesem Hintergrund darum, im Dialog mit anderen Kulturen für den eigenen Wertekanon zu werben, aktiv und überlegt die Auseinandersetzung mit anderen, auch extremistischen Überzeugungen zu suchen. Fraktionsübergreifend waren sich die Abgeordneten deshalb einig darin, dass die Deutsche Welle als Mittler zwischen den Kulturen und mediale Visitenkarte des weltweiten, demokratischen und geschichtsbewussten Deutschlands eine wichtige Rolle spielt.



Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Zwar agiert die Deutsche Welle schon heute mit einem beachtlichen Profil im globalen Medienmarkt: 1500 Mitarbeiter aus über 60 Ländern versorgen wöchentlich eine Zuschauer- bzw. Zuhörerschaft von 300 Millionen Menschen in 30 Sprachen mit Informationen. Die Angebote werden inzwischen in einem zeitgemäßen medialen Mix aus Radio, Fernsehen und Internetauftritt geliefert. Dennoch sieht sich der Sender aktuell besonderen Herausforderungen auf dem globalen Medienmarkt gegenüber. So will Frankreich mit der „Chaîne française d’information internationale“ (CFII) den etablierten Mediengiganten BBC World und CNN spätestens ab 2007 Konkurrenz machen. Auch al-Dschasira International oder das geplante Arabischprogramm von „Russia Today“ werben im globalen Medienmarkt um Aufmerksamkeit.

Um sich in diesem Konkurrenzkampf zu behaupten sind für die Deutsche Welle regionale Schwerpunktsetzungen, die Anpassungen der Verbreitungswege an medientechnische Neuerungen ebenso unabdingbar wie genaue Vorstellungen über die Zielgruppen, die man mit darauf abgestimmten Programminhalte erreichen möchte. Der aktuellen – aber keineswegs desolaten - Finanzlage begegnet der Sender mit der Fortführung interner Strukturverschlinkungen und Reformmaßnahmen.

Laut Aufgabenplanung will die Deutsche Welle insbesondere ihre Angebote für den arabischen und asiatischen Raum ausweiten. Wie auch bei anderen Mittlern der Auswärtigen Kulturpolitik ist hier Vorsicht geboten, dies nicht auf Kosten traditioneller Programme und Nutzerkreise geschehen zu lassen. Zwar soll Europa, insbesondere Osteuropa weiterhin einer der Versorgungsschwerpunkte bleiben. Es gibt jedoch deutliche Anzeichen dafür, dass z.B. die Erweiterung des arabischen Fernsehprogramms von Deutsche Welle-TV von jetzt 6 auf 24 Stunden durch Umschichtungen zu Lasten von Programmen

für Afrika südlich der Sahara erreicht werden soll. Afrika ist mit rund 35 Millionen regelmäßigen Hörern und Hörerinnen allein in den Regionalsprachen Kisuaheli, Haussa und Amharisch der stärkste Radiomarkt der Deutsche Welle, so dass sich eine solche Überlegung eigentlich von selbst verbietet. Einstimmig wurde deshalb begrüßt, dass der Sender das Arabischprogramm zunächst mit den vorhandenen Mitteln von 6 auf 8 Stunden aufstocken möchte. Für die Programmausweitung im arabischen Raum, die aus geopolitischen Überlegungen als notwendig erachtet wird, muss die Bundesregierung dann auch bereit sein, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gegen das mit dem novellierten Deutsche-Welle-Gesetz eingeführte Teilnahmeverfahren des Deutschen Bundestages wurden vereinzelt Bedenken aus der Medienwelt laut, es könne dazu führen, den Sender zu bevormunden und inhaltlich zu gängeln.

Die Parlamentsdebatte zeigte, dass Programmfreiheit und intensive Beratung durch den Gesetzes- und Auftragsgeber nicht zwangsläufig im Widerspruch stehen. Vielmehr führen die gesetzlich festgeschriebene rundfunkrechtliche Unabhängigkeit gekoppelt mit einem Teilnahmeverfahren eher zu gestärkter Programmautonomie bei gleichzeitiger konstruktiver Auseinandersetzung.

Die Bundestagsdebatte zeigte in dieser Hinsicht einen erfreulichen überparteilichen Konsens darüber, dass eine starke mediale Außenrepräsentanz und ein von breitem gesellschaftlichen Konsens getragener Auslandsender von enormer Bedeutung in einem globalen Informations- und Medienmarkt sind.

Winne Hermann

DB hebt 2007 Trassenpreise an

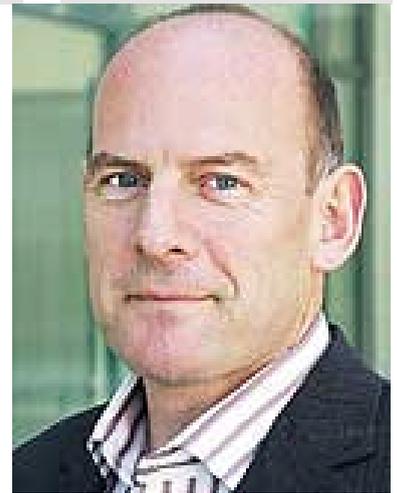
Bahnfahren wird 2007 erheblich teurer. Die DB Netz wird die Trassenpreise zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006 um bis zu 11% erhöhen. Dies allein führt zu Preissteigerungen von rund 3 Prozent. Mit der Mehrwertsteuererhöhung und höheren Energiekosten drohen im Fernverkehr wie im regionalen Schienenverkehr rund 10 Prozent höhere Preise. Betroffen sind vor allem die privaten Personen- und Güterverkehrsbahnen. Die Anhebung der Trassenpreise ist wirtschaftlich nicht begründbar. Denn die DB AG weist in ihrer Halbjahresbilanz einen Ertragszuwachs des Netzes aus (von 66 Mio. EUR im ersten Halbjahr 2005 auf 147 Mio. EUR im 1. Halbjahr 2006). Auf Strecken, die die DB-Gesellschaften in den nächsten Jahren selbst nutzen, werden die Trassenpreise gesenkt oder beibehalten. Ganz offensichtlich werden bahneigene Transportunternehmen durch die DB Netz bevorzugt. Die Anhebung der Trassenpreise soll offensichtlich einer schönen Börsenstory dienen, bezahlt von den Bahnkunden. Ein Argument mehr für die Trennung von Netz und Transport, gegen den integrierten Börsengang! Es darf auch in Zukunft nicht sein, dass die Trassenpreise für die vom Steuerzahler finanzierte Schieneninfrastruktur durch eine mit Netz privatisierte DB AG erfolgt. Die Infrastruktur muss deshalb beim Bund bleiben.

Wachstum Schiene Modell versus Bahnbörsengang

Der Börsengang der Deutschen Bahn AG sollte schon nach der Sommerpause entschieden werden. Im Juli hat die Fraktion bei einer Bahnkonferenz das Thema mit Experten diskutiert. Wir Grüne haben ein "Wachstum-Schiene-Modell" vorgeschlagen, bei dem die gesamte Infrastruktur, die alle Eisenbahnunternehmen nutzen, in einer Deutschen

Schieneninfrastrukturgesellschaft zusammengefasst werden soll, die unternehmerisch geführt wird. Dieses Unternehmen würde zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleiben. Die Transportgesellschaften könnten danach schrittweise privatisiert werden, da der Betrieb von Eisenbahnen keine staatliche Aufgabe darstellt. Dabei sind wir offen für ein Modell, was die Transportgesellschaften des Konzerns zusammenhält oder sie in drei Gesellschaften "Fernverkehr", "Regio" und "Logistik" teilt. Das Fraktionspapier „Grüne Weichenstellung für mehr Schienenverkehr! Bahnpolitik als öffentliche Aufgabe“ wurde auf der Klausur der Fraktion im September 2006 beschlossen.

Im August wurden mit einer fehlerhaften juristischen Zuordnung der Immobilien zwischen DB AG und DB Netz AG neue Unklarheiten zum Börsengang bekannt. So ist der tatsächlich erbrachte Eigenanteil der DB AG am Erhalt, Neu- und Ausbau des Schienennetzes dem Parlament bisher nicht im Detail bekannt. Die Angaben des Ministeriums schwanken zwischen 153 Millionen Euro und 400 Millionen Euro pro Jahr. Der Bundesrechnungshof hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, dass in den Jahren 2001 bis 2003 auch diese 153 Millionen Euro von der DB AG nicht erbracht wurden. Das Parlament hat keinen Nachweis, dass die DB AG in den letzten zehn Jahren ihrer Pflicht zur Instandhaltung des Schienennetzes in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Das Bundesministerium konnte den Verdacht, die DB Netz AG wurde von der DB AG in den letzten Jahren syste-



Mitglied im Sport- und Verkehrsausschuss

matisch arm gerechnet um höhere staatliche Fördergelder abzugreifen, noch nicht entkräften.

Güter gehören nicht auf Gigaliner, sondern auf die Schiene

Der Güterverkehr wird in Deutschland in den kommenden Jahren weiter dramatisch wachsen. Triebkräfte sind die EU-Erweiterung, wachsender Export und die fortschreitende Globalisierung. Die zweistelligen Wachstumsraten in der gesamten Logistikbranche haben eine problematische Kehrseite: Den wachsenden Ausstoß von Treibhausgasen v. a. im Straßen- und Luftverkehr. Für manche ist dies ein neues Argument für noch größere Lastzüge, so genannte Gigaliner. Nach der simplen Rechnung: Ein Drittel mehr Last spart Sprit und damit Kosten. Dabei werden die Kosten und Risiken für die übrigen Verkehrsteilnehmer, die öffentliche Hand und die Umwelt verharmlöst. Schon heute sind die riesigen 40-Tonner für viele PKW-Fahrer, Radfahrer und Fußgänger eine permanente Bedrohung. Überdies belasten die Schwerlastwagen die Straßen. Die ständig steigenden Sanierungslasten sind der Preis, den die Allgemeinheit für die „kostengünstigen“ Schwertransporte bezahlt. Eine allgemeine Zulassung von 60-Tonnern wäre verkehrspolitischer Unsinn! Große Sicherheitsrisiken, hohe Folgekosten für Brücken, Straßenbeläge, Kurvenradien und Kreisverkehre wären die Konsequenzen für die Allgemeinheit. Wer wirklich das Transportgewerbe ökologisch umgestalten will, der sollte nicht die Lastwagen, sondern die Güterzüge verlängern. Die Schiene ist das mit Abstand klimafreundlichste Verkehrsmittel.

Noch in diesem Herbst ein Anti-Doping-Gesetz?

Als Sportpolitiker ist man nicht so häufig „federführender“ Abgeordneter in einem Gesetzgebungsprozess. In Kürze stehen aber Beratungen um ein Anti-Doping-Gesetz an. Vordergründig dienen die Ermittlungen der spanischen Behörden rund um den Radsport u.a. gegen Jan Ullrich als Ausgangspunkt für

die aktuelle Diskussion. Die ständigen Dopingkandale haben die Forderung nach einem Anti-Doping-Gesetz in Deutschland immer lauter werden lassen. Nachdem die große Koalition sich nicht auf einen Gesetzentwurf verständigen konnte, formulierte das Land Bayern jetzt einen entsprechenden Gesetzesvorschlag. Auf Ebene der Sportminister der Länder fiel Bayern dagegen in den letzten Jahren bei diesem Thema allerdings nur durch Zurückhaltung auf.

Am „Fall Jan Ullrich“ lassen sich viele Versäumnisse der letzten Jahre aufzeigen. Viele Funktionäre, national und international, haben kein Auge auf die Nebenwirkungen des kommerziellen Sports gehabt: Kriminelle Dopingnetzwerke, in die Sportler, Mediziner und das weitere Sportlerumfeld involviert sind. Außerdem ist man in Deutschland fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die Dopingkontrollen vieles aufdecken würden. Nicht bedacht hat man aber, dass einige Dopingmethoden gar nicht nachweisbar sind (z.B. Eigenblutdoping) und viele Dopingmittel sich in kürzester Zeit abbauen.

Daher wächst zu Recht die Zahl der Experten, die nicht nur dem Sport, sondern auch dem Staat eine wichtige Rolle bei der Dopingbekämpfung zuweisen. Dass sich unsere Rechtspolitiker eher zurückhaltend zu einer bayrischen Gesetzesverschärfung äußern, ist klar. Denn zu oft haben die Unions-Strafrechtsexperten in letzter Zeit einen Gesetzentwurf mit einem unverhältnismäßigen Abbau von individuellen Rechten angereichert. Als Sportpolitiker weise ich jedoch schon seit langem darauf hin, dass ungehemmtes Doping im Sport die Sportentwicklung insgesamt gefährdet, denn wer hat noch Vertrauen in den Sport, wenn die herausragenden Vertreter sich nicht als Vorbilder, sondern als Betrüger im Sport zeigen. Deshalb steht für mich fest: Ein Maßnahmenmix aus Gesetzesverbesserungen und einer Präventionsstrategie ist der richtige Weg zu einer wirksameren Dopingbekämpfung.

Sylvia Kotting-Uhl

Anschlag auf die Sicherheit Strommengenübertragungen in die falsche Richtung erhöhen die Gefahr

TO: Sicherheitsdebatte

In der Atompolitik steht eine neue Sicherheitsdebatte auf der Tagesordnung. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe:

- 1) 5 Jahre nach dem 11/9 der uns auch in Bezug auf Atomkraftwerke vor eine völlig veränderte und verschärfte Sicherheitslage stellte, haben die Atomkonzerne immer noch kein Abwehrkonzept gegen eventuelle terroristische Angriffe aus der Luft vorgelegt. Die Antworten der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage unserer Fraktion zeigen die in dieser Hinsicht desolater Sicherheitslage vor allem der alten AKW auf.
- 2) Die Ähnlichkeiten des schwedischen AKW Forsmark - das uns vor wenigen Wochen um Haaresbreite den Supergau in Europa beschert hätte – mit Brunsbüttel hatte der gemeinsame Betreiber Vattenfall bei der ersten Befragung durch die Bundesaufsicht „vergessen“. Minister Gabriel akzeptierte das verspätete Erinnern und die nach mehreren verstrichenen Fristen nachgeschobene Erklärung, warum aber doch nie passieren könne was in Forsmark passiert ist. Beruhigend ist das nicht, wenn ein Betreiber seine Anlage nicht kennt. Und beruhigend ist auch nicht, wenn ein Umweltminister in einem solchen Fall nicht die Frage nach der Zuverlässigkeit des Betreibers stellt.

Dreist: RWE

In diese Situation in der die Restlaufzeitenübertragung der AKW Brunsbüttel, Biblis A und B und Neckarwestheim1 auf die Agenda gehört, kommt RWE und beantragt eine

Strommengenübertragung auf Biblis A. Der erste Antrag ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten und fordert die nötigen 30 TWh, damit Biblis A bis 2011 weiterlaufen kann, vom nie ans Netz gegangenen AKW Mülheim-

Kärlich. Das ist der rein provokative Part in diesem Spiel, denn diese Übertragung ist im Atomkonsens „aus Sicherheitsgründen“ ausdrücklich ausgeschlossen. Plan B – ein gleichzeitig gestellter „Hilfsantrag“ – will die Übertragung von Lingen, einem der neuesten AKW. Auch das ist absolut nicht im Sinn des Atomkonsenses, der „zur Erhöhung der Sicherheit“ die Übertragung von älteren auf neuere Atomkraftwerke anbietet. Aber es ist theoretisch möglich – ihr erinnert euch an den Präzedenzfall Obrigheim - wenn Gabriel nach einer „umfassenden Sicherheitsprüfung“ sein OK gibt. Das strategische Ziel wird von RWE unverblümt genannt: Der Antrag „schafft zeitlichen Spielraum um die Diskussion über das energiepolitische Konzept der Bundesregierung ergebnisoffen zu führen“. Heißt: die in dieser Legislatur zur Abschaltung anstehenden AKW über die nächste Bundestagswahl hinaus zu retten in der – zwar immer weniger begründeten, aber unverdrossenen - Hoffnung eine dann atomfreundlichere Regierung würde das ganze bestehende Atomgesetz kippen.



Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Biblis: sicher!

RWE-Chef Roels hat noch eine zweite Begründung parat: der Reaktor sei sicher, RWE „seinen Aktionären schuldig“ diesen Antrag zu stellen. Nun wissen wir, dass der Begriff „sicher“ für Atomlobbyisten eine ganz eigene Bedeutung hat, aber angesichts der Tatsache, dass Biblis A nicht die vorgeschriebene unabhängige Notstandswarte besitzt, nicht einmal gegen den Absturz eines Sportflugzeugs ausgelegt ist, der Sicherheitsbehälter eine zu geringe Druck- und Temperaturfestigkeit aufweist, und eine umfassende Nachrüstung nur im Hinblick auf die anstehende Abschaltung 2008 erlassen wurde, ist hier schon reichlich Unverfrorenheit am Werk.

Strompreise: Blick nach Baden-Württemberg

Wir kennen die Argumente, mit denen die Atomlobby zu der auch so manche Landesregierung gehört für die Laufzeitenverlängerung wirbt: erst war es der Klimaschutz, dann waren es die Strompreise und immer sind es auch die Arbeitsplätze.

Wir haben diese Argumente mehrfach widerlegt. Was die Strompreise betrifft, braucht es gar kein Gegenargument, da genügt ein Blick auf die Stromrechnungen der EnBW-Kunden: das Bundesland mit dem bundesweit höchsten Atomstromanteil hat auch die bundesweit höchsten Strompreise.

Konzerne: werteorientiert

EnBW hat nach dem RWE-Antrag sofort nachgezogen und offiziell angekündigt für Neckarwestheim noch dieses Jahr ebenfalls einen Antrag zu stellen. Beide Konzerne werden von ihren Landesregierungen offen unterstützt – eine konzertierte Aktion zur Aufkündigung des Atomkonsenses. Die Konzerne haben die Vorteile des zwischen ihnen und der Politik geschlossenen Vertrages immer gerne in Anspruch genommen. Ihren Teil des

Vertrages zu erfüllen scheint weit weniger selbstverständlich. RWE hat mit seinem dreisten Antrag, den Gammelreaktor Biblis A drei Jahre länger am Netz zu lassen, den Atomkonsens nun faktisch aufgekündigt. Die Energiekonzerne dominiert die Geldgier. Diesem übergeordneten „Wert“ ordnet sich alles unter: Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Vertragstreue und die Sicherheit der Bevölkerung.

Am Zug: Gabriel

Der Ball liegt bei Umweltminister Gabriel. Er „prüft“. Das kann er bis über den Abschalttermin 2008 hinaus tun. Eine zügige Prüfung die angesichts der Sicherheitsdefizite von Biblis nicht allzu kompliziert sein kann, ein Machtwort, ein klares „Nein“ wäre besser. Das haben wir im Fall Brunsbüttel und Betreiber Vattenfall schon vermisst. Wir werden Gabriel mit dem Widerspruch zwischen seinen markigen Reden und seinem zögerlichen Tun weiterhin konfrontieren.

Grüne: zurück in den Widerstand

Und sonst? Zurück in den Widerstand! „Atomkraft – nein danke“ scheint die Parole der Stunde zu sein. Das kann übrigens jeder ein Stück weit praktizieren. Wer noch nicht umgestiegen ist: jetzt ist der Zeitpunkt. Von den Umweltverbänden gibt es dazu eine gute Kampagne:

www.atomausstieg-selber-machen.de

Herzlichst
Eure Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische
Sprecherin

GERHARD SCHICK

Wir fordern: das Girokonto für jedermann

Wie ein Leben ohne Girokonto funktionieren soll, ist heutzutage schlecht vorstellbar. Ohne Kontoverbindung bestehen kaum Chancen auf Wohnung und Arbeitsplatz. Soweit sind sich Grüne und Bundesregierung einig. In ihrem vor kurzem veröffentlichten Bericht zum Thema Girokonto für jedermann schreibt das Finanzministerium dann auch: „Ein Girokonto ist für die wirtschaftliche und die Integration auf dem Arbeitsmarkt unentbehrlich.“ Dieser Umstand ist seit langem bekannt, weshalb vor gut zehn Jahren die deutschen Banken in einer Selbstverpflichtung erklärten, bei Bedarf für jedermann ein Konto auf Guthabenbasis einzurichten. Geschehen ist seitdem wenig, immer noch verfügt eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern über kein Konto. Das ist hart für die Betroffenen – und kostspielig. Denn wer kein Konto hat, muss hohe Gebühren bei Bareinzahlungen auf sich nehmen und gerät so finanziell noch weiter unter Druck.

Wie hoch die Zahl der von den Banken abgewiesenen Bürgerinnen und Bürgern ist, weiß niemand genau, obwohl die Kreditwirtschaft in ihrer Selbstverpflichtung die Vorlage dieser Daten zugesagt hat. Sicher ist, so bestätigen Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen: Die Zahl ist groß genug, um uns zum Handeln zu veranlassen. Statt aber einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen und jedermann ein Guthabenkonto zu garantieren, setzt die Bundesregierung auf eine Selbstverpflichtung.

Damit ist den Betroffenen nicht geholfen. Deswegen fordern wir eine gesetzliche Regelung, die jedermann ein Girokonto auf Guthabenbasis garantiert.



Mitglied im
Finanzausschuss

BaFin-Affäre: Das Finanzministerium weiß angeblich nichts

BaFin? Noch nie gehört? Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) überwacht alle Banken, Versicherungen und den Wertpapierbereich. Im April 2006 wird entdeckt, dass ein leitender Angestellter dieser Behörde durch gefälschte Rechnungen fünf Millionen veruntreut hat. Jahrelang blieb er unentdeckt. Offensichtlich waren die internen Kontrollmechanismen nicht ausreichend. Deshalb muss es eine Verbesserung der internen Kontrolle bei der BaFin geben. Entsprechend hat der Verwaltungsrat der BaFin eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Das ist die eine Sache.

Eine andere Sache ist die Rolle des Finanzministeriums, das die Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin hat und für die Tätigkeit der BaFin die politische Verantwortung trägt: Wie können der Leitungsebene des Bundesfinanzministeriums Vorgänge solchen Ausmaßes entgehen, obwohl der Rechnungshof schon 2004 einen warnenden Hinweis auf Unregelmäßigkeiten gab? Warum wurde vom Ministerium nicht überprüft, ob die Richtlinie

zur Korruptionsprävention in der BaFin umgesetzt wurde? Warum versucht das Finanzministerium von seiner Verantwortung abzulenken und alles auf den BaFin-Präsidenten Jochen Sanio zu schieben? Diesen Fragen bin ich im Finanzausschuss nachgegangen. Und weil da zunächst viele Punkte offen blieben, haben wir in einer Aktuellen Stunde am 28. September die Regierung dazu gezwungen, präzise Antworten zu geben. Noch laufen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, auch zu anderen Fällen von Untreue und Vetternwirtschaft. Für eine abschließende Bewertung ist es also noch zu früh. Aber schon heute ist klar: Es muss auch Veränderungen im Ministerium geben, damit in Zukunft die Aufsicht über die Aufsicht besser funktioniert.

Denn eines ist sicher: Ein guter Ruf der BaFin ist für den Finanzplatz Deutschland extrem wichtig. Nur eine starke und „saubere“ Finanzmarktaufsicht kann auch für Stabilität und Vertrauen auf den Finanzmärkten sorgen.

SWIFT: Synonym für Datenmissbrauch

Datenspionage im internationalen Zahlungsverkehr – das klingt so weit weg. Und doch kann jeder betroffen sein, der über Landesgrenzen hinweg Geld überweist: also Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber Unternehmen mit internationalen Handelskontakten – und das ist heute ja so gut wie jeder Betrieb.

Was ist passiert? Das Unternehmen SWIFT mit Sitz in Belgien hat jahrelang massenhaft sensible Bank- und Finanzdaten an US-Geheimdienste weitergegeben. Mit der Durchleuchtung des internationalen Bankenverkehrs wollen die US-Behörden terroristischen Vereinigungen und insbesondere ihren Finanziers auf die Schliche kommen – ohne Geld kein Terror.

Ideales Terrain für die Ermittlungen: die SWIFT-Server. Monopolist SWIFT transportiert internationale Überweisungsdaten zwischen 7.800 Banken in mehr als 200 Staaten. Jede Überweisung wird in zwei Rechenzentren gespeichert: in Belgien und in den USA. Dort haben die Behörden nach dem 11. September zugeschlagen.

Das Problem: Offensichtlich wurde millionenfach gegen europäisches Datenschutzrecht verstoßen. Und es besteht der ernsthafte Verdacht, dass die Daten nicht nur zur Terrorfahndung verwendet wurden. Zur systematischen Wirtschaftsspionage ist es nur ein kleiner Schritt. Und alle haben sie weggeschaut: Die belgische Nationalbank, deren Chef SWIFT beaufsichtigen soll, die Europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank und nicht zuletzt die Bankenwirtschaft selbst. Keiner wollte sich mit den USA anlegen – Datenschutz und Spionageabwehr sind dabei über Bord gegangen. Dabei gehen die Bürgerinnen und Bürger zu Recht davon aus, dass ihre sensiblen Daten und deren Transfer in Drittländer gemäß europäischen Datenschutzvorschriften behandelt werden – aber genau die wurden über Jahre hinweg mit Füßen getreten.

Die Konsequenzen sind klar, auch wenn die Bundesregierung das noch nicht wahrhaben will: Die Abwicklung internationaler Datenströme insbesondere im sensiblen Finanzbereich bedarf einer neuen Struktur. Ein Monopol wie SWIFT ist fehl am Platze – und internationale Abkommen müssen den Datenschutz sicherstellen.



Kerstin Andreae

Mitglied Finanzausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Rita Maria Lienesch
 (Büroleitung), Claudio Struck
 (Finanz- und Kommunalpolitik),
 Tel. 030/227-71480, Fax -76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de
 WK: Per Klabundt, Holger
 Haslacher Str. 61, Freiburg,
 Tel. 0761/88867-13, Fax -14

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
 und Soziales
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Annette Rausch
 (wissenschaftliche Mitarbeiterin),
 Astrid Spiegel (Büroleitung),
 Tel. 030/227-71667, Fax -76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de,
 WK: Sandra Weber
 Hermannstr. 5a, Stuttgart,
 Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



Alexander Bonde

Mitglied Haushalts- und Verteidi-
 gungsausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt),
 Thorsten Arzbach (Verteidigung),
 Ulrike Paschedag (Büro)
 Tel. 030/227-71691, Fax. -76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de
 WK: Marco Dieterle, Karl-Friedrich-
 Str. 40, Emmendingen, Tel.
 07641/954545, Fax. 954546



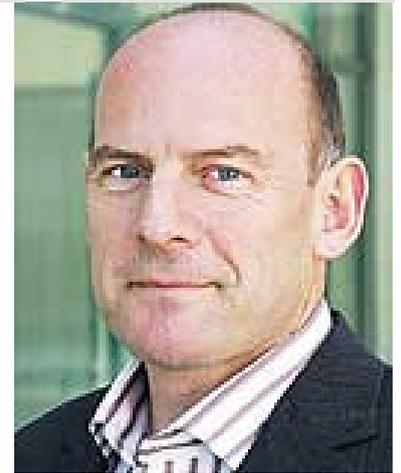
Uschi Eid

Mitglied Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Cordula Hamschmidt
(Auswärtige Kulturpolitik), Nina
Odenwälder (Afrika, Wasserpolitik)
Manuel Hublitz (Sachbearbeitung)
Tel. 030/227-71575, Fax -76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de
WK: Astrid Linnemann
Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen
Tel. 07022/37234,
Fax 07022/37321



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung), Boris
Dehler, Marianne Tritz, Astrid Evert
(wissenschaftliche Mitarbeit), Rotraud Delidakis,
Caroline Junge (Büro)
Tel. 030/227-71897, Fax -76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de
WK: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax. 24908



Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsaus-
schuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt)
Michael Baumbach (Sport), Derek
Ladewig (Verkehrspolitik)
Tel. -71949, Fax -76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de
WK: Jenny van Heeswijk, Chris
Kühn, Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax. 252757



Sylvia Kotting-Uhl

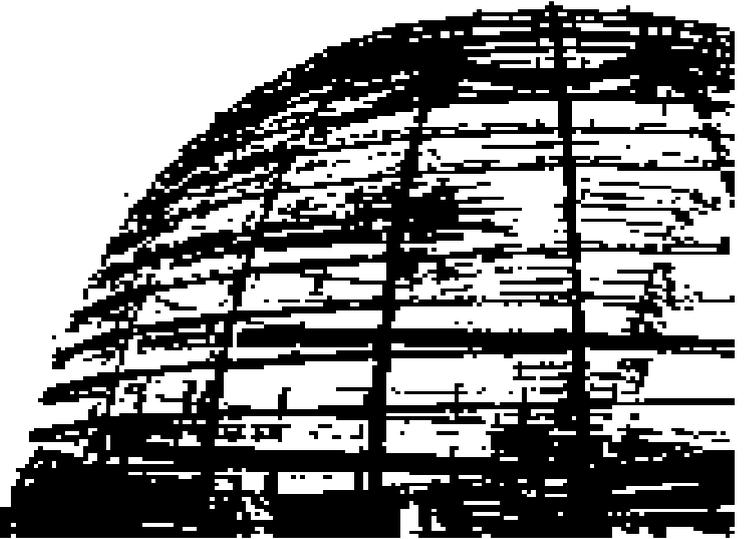
Mitglied Ausschuss für Umwelt, Na-
turschutz und Reaktorsicherheit,
Mitglied Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Jörg Kaschubowski,
Michael Weltzin
Tel. 030/227-74742, Fax -76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de
WK 1: Inge Behner, Hauptstr. 41,
Neckargemünd
WK 2: Ulrike Maier, Sophienstr. 58,
Karlsruhe



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Philipp Bohle, Claudia
Tober (wissenschaftliche Mitar-
beit) Kirsten Schiller (Büroleitung)
Tel. 030/227-74535, Fax -76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net
WK: Thomas Hornung, Damian
Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 06214017252 Fax. -8469

MEHR
UNTER
WWW.GRUENE-
FRAKTION.DE



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit Acrobat Reader geöffnet werden.

Diesen elektronischen Rundbrief dürft ihr gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an: alexander.bonde@bundestag.de aufnehmen lassen. Ein einfaches „In den Verteiler **SÜDWEST GRÜN**“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von **SÜDWEST GRÜN** und weitere Informationen über die Landesgruppe BadenWürttemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind auch im Internet zu bekommen unter:

www.suedwestgruen.de oder

www.landesgruppe-bawue.de.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Ihr seid unser wichtigstes Bindeglied nach Hause.

Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin.

Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.



Bundestagsfraktion

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Ulrike Paschedag

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227 76991

E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de

<http://www.alexander-bonde.de>